

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Auszüge
und für Zusendungen die Postämter
ein. — Erscheint wöchentlich.
Verkaufspreis — Anschlag Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise
für Anzeigen aus Aus und
inwärtig 20 Goldpfennige, aus
wärtig 25 Goldpfennige, aus
Nations- und Ausland 30 Goldpfennige,
sonstige 35 Goldpfennige.

Anzeiger für das Erzgebirge

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 112

Freitag, den 15. Mai 1925

20. Jahrgang

Hindenburg an den Reichstag.

Ministerpräsident Braun bei Hindenburg.

Reichspräsident v. Hindenburg empfing am Mittwoch zuerst das Präsidium des Reichstages, den Präsidenten Loh, den Vizepräsidenten Dr. Bell und den Vizepräsidenten Groß-Hüring; Vizepräsident Dr. Meiser ließ sich wegen Krankheit entschuldigen.

Präsident Loh sprach namens des Präsidiums des Reichstages dem Reichspräsidenten aufrichtige Glückwünsche für seine Amtsführung aus und berichtete über die Geschäftslage des Reichstages; der Reichstag sei zurzeit in sachlicher Arbeit mit wichtigen Beratungsgegenständen, wie Annullierung, Steuerreform, Finanzansgleich befaßt; er hoffe, daß seine Entscheidungen in diesen tiefengreifenden und wichtigen Fragen dem deutschen Volke zum Wohle berechnen mögen.

Der Reichspräsident erwiderte hierauf:

„Meine sehr geehrten Herren! Ich freue mich, nach unserem gestrigen Zusammensein Sie heute auch bei mir begrüßen zu können. Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß diese Begegnung der Anfang einer durch keine Mißverständnisse getrüben, vertrauensvollen Zusammenarbeit sein wird. Wie ich über das Verhältnis von Reichspräsident und Reichstag denke, habe ich gestern ausführlich gesagt. Ich bin mir bewußt, daß gerade in einer Republik die Würde und das Ansehen der Nation in hohem Maße in die Hände des Parlamentes gelegt ist. Das Ausland wird uns um so mehr Achtung schenken, je mehr wir selbst in unserem ganzen Auftreten die Selbstachtung eines aufrechten und stolzen Volkes bewahren. Helfen Sie hierzu mit, meine Herren!“

Am 11 Uhr empfing der Reichspräsident als Vertreter des Reichsrats den Preussischen Staatssekretär Dr. Weismann, den Bayerischen Gesandten Dr. v. Prepper und den Sächsischen Staatssekretär Dr. v. Weismann, Staatssekretär Weismann übermittelte in einer Ansprache namens des gesamten Reichsrats dem Reichspräsidenten herzlichste Glückwünsche und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es dem Reichspräsidenten vergönnt sein möge, an der Spitze des Deutschen Reiches Einigkeit, Wohlfahrt und Wiederaufbau des deutschen Volkes zur höchsten Entfaltung zu bringen. Der Reichspräsident antwortete hierauf mit folgender Ansprache:

„Ich freue mich, meine Herren, in Ihnen die Vertreter derjenigen Stelle unseres Verfassungslebens begrüßen zu können, der in Ihrem Doppelcharakter als Organ des Reiches und als Vertretung der Länder eine besonders wichtige Aufgabe obliegt. Der Reichsrat, der für die Länder an der Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches teilzunehmen hat, bildet so das organische Verbindungsglied zwischen Reich und Ländern. Dem reichen Eigenleben der deutschen Länder haben wir ein gutes Teil der Vielgestaltigkeit und Fruchtbarkeit der geistigen und wirtschaftlichen Entwicklung unseres Volkes zu danken. Wir würden die besten Quellen unserer Kultur verstopfen, wenn wir gewaltig an der Selbständigkeit der Länder rütteln wollten. Sie dürfen überzeugt sein, daß ich es mir stets zur Aufgabe machen werde, die berechtigten Eigenarten der einzelnen deutschen Länder zu schonen und ihre Wünsche und Bedürfnisse nach Kräften zu fördern.“

Alsdann erschien beim Reichspräsidenten als Vertreter der Preussischen Staatsregierung Ministerpräsident Braun, der von Staatssekretär Dr. Weismann begleitet war, und sprach namens des Preussischen Staatsministeriums dem Reichspräsidenten die Glückwünsche Preußens und die Erwartung aus, daß das bisherige vertrauensvolle Verhältnis zwischen dem Reichsoberhaupt und Preußen auch in Zukunft seine Fortsetzung finden werde im Interesse des Gedeihens des ganzen Reiches. Der Reichspräsident erwiderte darauf:

„Ich danke Ihnen, meine Herren, daß Sie sich der Mühe unterzogen haben, mich bei Antritt meines Amtes in Berlin, das ja nicht nur Reichshauptstadt, sondern auch Hauptstadt Preußens ist, einen Willkommensgruß zu entbieten. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, wie innig ich mich persönlich mit unserem alten Preußen verbunden fühle. Möge es Ihrer Arbeit beschieden sein, petren die großen Ueberlieferungen des preussischen Staates, den besonderen Pflichten Preußens innerhalb des Deutschen Reiches gerecht zu werden, damit Preußen weiterhin die feste Stütze

bleibe, die unsere Ost- und Westmark an den Körper des Deutschen Reiches fettet.“

Am 12 Uhr erschienen als Abordnung der Wehrmacht des Reiches Dr. Gehler mit seinem Adjutanten, der Chef der Heeresleitung: General der Infanterie von Seckt mit dem Chef des Stabes Generalmajor Ritter v. Haack, und der Chef der Marineleitung Admiral Jentzsch mit dem Chef des Stabes Kapitän z. S. Pfeifer. Reichswehrminister Dr. Gehler sprach dem Reichspräsidenten die Glückwünsche der Wehrmacht und das Gelübnis treuester Pflichterfüllung aus. Der Reichspräsident antwortete hierauf:

„Wehrmut und Stolz erfüllen mein altes Soldatenherz, wenn ich in Ihnen, meine Herren, die Vertreter der heutigen deutschen Wehrmacht begrüße. Ich brauche Ihnen wohl nicht zu sagen, mit wie großer innerer Anteilnahme ich in den Jahren meiner stillen Zurückgezogenheit die schwere und hingebende Arbeit verfolgt habe, die Sie unter den schwierigsten Verhältnissen geleistet haben. Mit stolzer Genugtuung dürfen Sie auf Ihr Werk blicken. Die kleine deutsche Wehrmacht steht heute, unbeschadet von den Kämpfen der Parteien und politischen Meinungen, aufrecht da. Sie wird getragen von dem Gefühl der Verpflichtung gegenüber der großen Tradition unseres alten Volksheeres. Möge es Ihnen auch weiterhin gelingen, aus der deutschen Reichswehr das wirksame Instrument ehrlichen Friedenswillens zu machen, das sie allein sein soll. Meiner Ihres Oberbefehlshabers Unterstützung dürfen Sie bei diesen Bestrebungen stets gewiß sein.“

Namens der Deutschen Reichsbahngesellschaft sprachen der Stellvertretende Generaldirektor, Staatssekretär a. D. Stieler und die Direktoren Bogt und Rumbler ehrerbietigste Grüße und Glückwünsche für die deutschen Eisenbahner aus. Staatssekretär a. D. Stieler wies auf die schwierige Lage der deutschen Eisenbahnen hin, die einen großen Teil der Lasten des Friedensvertrages zu tragen und somit neben der nationalen auch eine wirtschaftliche Aufgabe zu lösen haben. Er versicherte, daß jeder deutsche Eisenbahner sich bemüht sei, daß er in Erfüllung seiner Pflicht alle seine Kräfte für das Vaterland einzusetzen habe.

Der Reichspräsident erwiderte, er hoffe, daß es der Reichsbahn gelingen werde, die doppelte Aufgabe zu erfüllen, große Erträge zur Erfüllung unserer internationalen Verpflichtungen herauszuarbeiten, dabei aber gleichzeitig unsere schwer darniederliegende Wirtschaft zu fördern.

Um 12½ Uhr empfing der Reichspräsident den Präsidenten der Reichsbank Dr. Schacht, mit dem Vizepräsidenten Kaufmann und dem Geheimrat Dr. von Brunn. Dr. Schacht sprach namens der Reichsbank und aller ihrer Beamten und Angestellten dem Reichspräsidenten herzlichste Glückwünsche aus und gab zugleich die Versicherung ab, daß die Reichsbank und alle, die ihr dienen, wie früher, auch künftig bestrebt sein werden, mit allen Kräften der deutschen Wirtschaft und damit dem Vaterlande zu nützen. Ihm erwiderte der Reichspräsident mit folgenden Worten:

„Auf Ihnen, meine Herren, ruht eine ganz besondere Verantwortung, die Aufgabe, unser Volk und unsere Wirtschaft vor neuem schweren Währungsseind zu behüten, unter dem wir vor zwei Jahren fast zusammenbrachen. Ich weiß, daß auch Sie bei Ihren Maßnahmen vielfach von den Bindungen abhängig sind, die wir nach dem Kriegsausgange auf uns nehmen mußten. Möge es Ihnen trotzdem gelingen, die Reichsbank wieder zu der festen Grundlage unseres Wirtschaftslebens zu machen, die es dem ehrlichen Streben aller in der deutschen Produktion tätigen Stellen möglich macht, unseren schwer ringenden Volk zu neuer Blüte zu verhelfen.“

Später sprach der Oberpräsident der Provinz Brandenburg Dr. Mäler dem Reichspräsidenten die Grüße und Glückwünsche der Bewohner der Provinz Brandenburg an. Der Reichspräsident erwiderte mit der Bitte, der ganzen Provinz und ihren treuen Bewohnern herzlichsten Dank zu sagen für die mancherlei Kundgebungen der Zuneigung und des Vertrauens, die er in den letzten Tagen erfahren habe. Sein langes Soldatenleben habe ihn oft mit den Söhnen dieses Kernlandes des preussischen Staates und damit des Deutschen Reiches aufammengebracht, und überall habe er ihr aufrechtes Wesen und ihre Arbeitsamkeit schätzen gelernt.

Köln soll erst in 8 bis 12 Monaten geräumt werden.

Der Entwurf der französischen Entwaffnungsnote.

Paris, 13. Mai. Im gestrigen französischen Ministerrat verlas der Außenminister Briand die Note, welche als Antwort auf die deutschen Sicherheitsvorschlüsse abgefaßt werden soll, ferner die Note, die sich auf die angeblichen Verfehlungen Deutschlands in der Abrüstung bezieht. Die erwähnte Note wird den Alliierten übermittelt werden, die zweite der Vorkonferenz, die, wie nun endgültig feststeht, am Freitag zusammentreten wird. Der Ministerrat billigte beide Noten.

Der „New York Herald“ behauptet, daß die Kölner Zone noch acht bis zwölf Monate besetzt bleiben würde. Die Vorkonferenz würde am Freitag eine energische Note an die Reichsregierung abgeben, worin erklärt wird, daß Köln erst geräumt werden könne, wenn die „zahlreichen Verfehlungen“ gegenüber den Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages aus der Welt geschafft wären.

Deutschlands Verfehlungen.

Das Memorandum, das den Entwurf der englischen Antwortnote begleitet, soll sich, wie der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erklärt, ziemlich eingehend mit den von der Kommission „festgestellten“ Verfehlungen Deutschlands beschäftigen. Die Meinungen gehen jedoch hierüber darin auseinander, wie lange es dauern werde, bis Deutschland seine Verpflichtungen erfüllen werde. Augenscheinlich liegen hierüber aus Berlin recht offene Nachrichten vor. Die Fortschaffung der schweren Geschütze aus Königsberg und ähnliche Maßnahmen mögen die Anzeichen guten Willens bestätigen. Obwohl die Zahl der nicht auf friedliche Produktion umgestellten ehemaligen Munitionsfabriken nur gering ist, werden wahrscheinlich weitgehende Herabsetzungen wichtiger Materialien verlangt werden. Es sei jedoch zu berücksichtigen, daß solche Forderungen zum Teil der Zustimmung des Reichstages bedürfen.

Zweifellos bildet noch die wichtigste Frage die Entmilitarisierung der Schusspolizei. Man hegt noch Zweifel, daß der darauf bezügliche Vorstoß der deutschen Regierung die Alliierten zufrieden stellen werde. Es kommen hier einige Schwierigkeiten in der Personalfrage hinzu. Man weiß darauf hin, daß, obgleich nur eine beschränkte Anzahl ehemaliger Offiziere weiter aktiv beschäftigt werden darf, die Rangliste der Offiziere der Reichswehr jetzt ebenso groß sei wie vor dem Krieges bei der damals viel größeren Armee. (Ann. d. Ned.: Dieses Argument ist vollkommen unverständlich. Die Rangliste der Reichswehr, die in jeder Buchhandlung zu kaufen ist, zählt sämtliche 4000 Offiziere des Heeres auf, die nach dem Abkommen von Spa 1920 gehalten werden dürfen. Das Friedensheer von 1914 umfaßte aber mindestens 20 000 Offiziere.)

In der Sicherheitsfrage soll nach dem „Matin“ die von Briand vorgeschlagene Note folgende Argumente entwickeln: Die friedlich gestimmte französische Regierung weigert sich keineswegs, den regionalen Sicherheitspakt anzunehmen, der ohne zeitliche Beschränkung den Krieg zwischen Frankreich und Deutschland ausschließt. Das Angebot des Berliner Kabinetts wird als ernst und aufrichtig bezeichnet; doch dürfe der Rhein dadurch, daß er eine solide und dauerhafte Grenze des französischen Gebietes geworden ist, nicht auch zu gleicher Zeit eine Barriere werden, die Frankreich darin behindert, in Europa einzugreifen, wenn seine Alliierten in Gefahr sind oder wenn Verträge verletzt werden. Diese Einstellung trage nicht den Charakter der Vorbedingung, aber sie habe zum Ziele, 1. den Pakt mit den Verträgen in Einklang zu bringen, da er nur einen Zusatzvertrag zu den Verträgen darstellen könne, und 2. die Alliierten Frankreichs in Mittel- und Osteuropa vollkommen zu beruhigen; sie dürften nicht das Gefühl haben, daß Frankreich, nachdem seine eigene Sicherheit gewährleistet sei, nun Deutschland freie Hand in Osteuropa lassen werde. Außerdem erklärt der Artikel noch, daß Deutschland nicht in den Völkerverbund eintreten könne, solange es, wie es durch die Verlängerung der Besetzung der Kölner Zone bewiesen werde, sich in dem Zustande der Verfehlungen befindet, daß also wahrscheinlich nicht vor dem kommenden Jahre die Verhandlungen über den Sicherheitspakt praktisch verwirklicht werden könnten.